

EU-Informationen der HSS- Verbindungsstelle Brüssel

Juni 2010

Dr. Ekkehard Rohrer / Christian Forstner / Maria Lastovka

Ausgewählte Vorgänge auf europäischer und internationaler Ebene vom 31.05. – 06.06.2010

I. Institutionelle Angelegenheiten

1. Positives Bild von Europäischem Parlament

Nach einer Eurobarometerumfrage sprechen sich 55% der Befragten in der EU für eine größere Rolle des EP aus. In Deutschland sind es 48% und in Österreich 37%. 62% haben in den Medien vor nicht allzu langer Zeit etwas über das EP gehört (Deutschland 71%, Österreich 61%). Nur 30% halten sich allerdings für gut informiert über das EP (Deutschland 31%, Österreich 27%).

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/008-75209-148-05-22-901-20100528IPR75208-28-05-2010-2010-false/default_de.htm

2. Vertragsverletzungsverfahren gegen zahlreiche Mitgliedstaaten

In ihrem Junipaket traf die Kommission 226 Entscheidungen wegen Vertragsverletzungen der Mitgliedstaaten. Hierzu gehören 10 Klagen vor dem Europäischen Gerichtshof (auch gegen Deutschland und Österreich) und drei Entscheidungen wegen Missachtung von Urteilen des Europäischen Gerichtshofs.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/670&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

3. Neue Generaldirektionen in Kommission und neue Führungsebene

Aus der bisherigen Generaldirektion Justiz, Freiheit und Sicherheit werden künftig die Generaldirektion Inneres und die Generaldirektion Justiz. Die Ernennung der beiden Generaldirektoren ist Teil des Pakets. Generaldirektor Jonathan Faull wechselt von der GD JLS zur GD MARKT und Generaldirektor Stefano Manservigi von der GD DEV zur neu geschaffenen GD Inneres. Drei stellvertretende Generaldirektoren werden zu Generaldirektoren ernannt: Frau Lowri Evans wechselt von der GD COMP in die GD MARE, Frau Françoise Le Bail von der GD ENTR in die GD JUSTIZ und Herr Robert-Jan Smits von der GD JRC in die GD RTD.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/660&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

4. Zuständigkeiten der EZB-Direktoriumsmitglieder leicht verändert

Die Ressorts von EZB-Präsident Jean-Claude Trichet und Gertrude Tumpel-Gugerell (insbesondere Zahlungsverkehr) bleiben unverändert. Lorenzo Bini Smaghi (insbesondere internationale und europäische Beziehungen sowie Neubau) gibt die "Verwaltung" an den neuen EZB-Vizepräsidenten Vítor Constâncio ab, der wie sein Vorgänger (Lucas Papademos) für Finanzstabilität zuständig ist, aber „Forschung“ an José Manuel González-Páramo abgibt. González-Páramo bleibt ansonsten für Banknoten und Finanzmarktoperationen zuständig, gibt aber den Bereich „Statistik“ an Jürgen Stark ab, der die Bereiche Volkswirtschaft und Informationssysteme behält. Stark ist anders als sein Vorgänger (Otmar Issing) nicht „Chefökonom mit Zuständigkeit sowohl für Forschung als auch für Statistik.“

<http://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2010/html/pr100602.de.html>
<http://blogs.ft.com/money-supply/2010/06/02/the-ecbs-reshuffle/>

II. Internationales und Entwicklungspolitik

a) Internationales

1. EU unterstützt Modernisierung von Russland

Zum Abschluss des 25. Gipfels EU-Russland am 31.05./01.06. einigten sich beide Seiten auf eine neue Partnerschaft zur Modernisierung, deren Details noch ausgearbeitet werden müssen. Gleichzeitig werden die Verhandlungen über ein neues allgemeines Partnerschaftsabkommen fortgesetzt. Die EU wird sich auch weiterhin für den WTO-Beitritt von Russland einsetzen. Langfristig soll es auch zum Wegfall der Visumpflicht für Russland kommen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/649&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=fr>

2. EU bekräftigt europäische Perspektive des Westbalkan

Vor der hochrangigen Konferenz der EU mit den Westbalkanstaaten am 02.06. in Sarajevo, bekräftigte die Hohe Beauftragte Catherine Ashton, dass der Hauptzweck dieses Treffens die Bestätigung der europäischen Perspektive des Westbalkans sei.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/647&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/10/289&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en> (Rede Füle)

3. Vorbeitrittshilfe für Island

Der Rat verabschiedete nach Zustimmung des EP eine Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1085/2006 zur Schaffung eines Instruments für Heranführungshilfe (IPA). Hierdurch wird eine Rechtsgrundlage für etwaige Unterstützungsleistungen geschaffen. Der Rat prüft derzeit die Verleihung des Kandidatenstatus an Island und die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/trans/114729.pdf (Council Transport)
<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/pe00/pe00012.de10.pdf>

b) Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe

1. Treffen der Kommission und der Kommission der Afrikanischen Union

Unter der Leitung von EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso wird am 8. Juni eine Delegation von 10 EU-Kommissaren in Addis Abeba mit der Kommission der Afrikanischen Union (AU) zusammentreffen. Die beiden Organisationen werden die Gelegenheit nutzen, ihre institutionelle Zusammenarbeit zu verbessern und der Umsetzung der Afrika-EU-Strategie und des Aktionsplans für 2008–2010 neue Impulse zu verleihen. Mit Blick auf den dritten Afrika-EU-Gipfel, auf dem die Annahme des nächsten Aktionsplans für 2011–2013 vorgesehen ist, werden beide Seiten außerdem eine zukunftsorientierte Agenda für die Zusammenarbeit zwischen den beiden Kontinenten entwerfen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/692&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://www.africa-eu-partnership.org/index_en.php

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/234&format=HTML&aged=0&language=FR&guiLanguage=en>

2. Millionenhilfe für Irakflüchtlinge

Die Sicherheitslage im Irak habe sich seit 2003 nicht entscheidend gebessert. Vor diesem Hintergrund wird die Europäische Kommission 18 Millionen Euro für medizinische und psychologische Versorgung sowie grundlegende Haushaltsbedürfnisse zur Verfügung stellen. "Nach Jahren im Exil leben immer noch tausende Iraker unter schrecklichen Bedingungen sowohl im Irak als auch in den Nachbarstaaten", sagte Kommissarin Kristalina Georgieva, zuständig für Internationale Kooperation, Humanitäre Hilfe und Krisenreaktion.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/669&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/echo/index_en.htm

III. Arbeit, Gesundheit, Soziales, Chancengleichheit

1. Arbeitslosenquote der Eurozone im April bei 10,1%

In der Eurozone (EZ16) lag die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im April 2010 bei 10,1%, gegenüber 10,0% im März. Im April 2009 hatte sie 9,2% betragen. In der EU27 lag die Arbeitslosenquote im April 2010 bei 9,7%, unverändert gegenüber März. Im April 2009 hatte sie 8,7% betragen. Von den Mitgliedstaaten verzeichneten die Niederlande (4,1%) und Österreich (4,9%) die niedrigsten Arbeitslosenquoten. Die höchsten Quoten meldeten Lettland (22,5%), Spanien (19,7%) und Estland (19,0% im ersten Quartal 2010). Ein Mitgliedstaat verzeichnete über ein Jahr betrachtet einen Rückgang der Arbeitslosenquote und sechszwanzig einen Anstieg. Der Rückgang wurde in Deutschland (von 7,6% auf 7,1%) beobachtet.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/10/78&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

2. Luxemburg ändert Ausländerbeschränkungen im Fußball

Die Kommission hat das Verfahren gegen Luxemburg wegen Beschränkungen der Zahl ausländischer Fußballspieler eingestellt. Die Kommission hatte rechtliche Schritte ergriffen, nachdem der Luxemburger Fußballverband (FLF) die maximale Anzahl der Ausländer, die für seine Vereine auf dem Platz stehen dürfen, begrenzt und damit gegen die Bestimmungen der EU über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer verstoßen hatte. Der Fall konnte erfolgreich abgeschlossen werden, nachdem die FLF die betreffende Regelung geändert hatte.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/665&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=464&langId=de>

IV. Landwirtschaft

1. Konsultation zur Gemeinsamen Agrarpolitik um eine Woche verlängert

Aufgrund vielfacher Bitten hat die Kommission die öffentliche Anhörung bis zum 11.06. verlängert. Bereits jetzt sind über 3.700 Antworten eingegangen.

<http://ec.europa.eu/cap-debate>

2. Erste Butterbestände abgebaut – keine Magermilchpulververkäufe

Der Verwaltungsausschuss stimmte am 03.06. dem Verkauf von 11.511 Tonnen Butter (aus Lagerung in Belgien, Irland, Frankreich, den Niederlanden und Großbritannien) zu, zu Preisen zwischen 345.0 und 385.1 €/100kg. Alle Angebote für Magermilchpulver sind jedoch

zurückgewiesen worden. Für den nächsten Tender am 15.06. stehen 13 669 Tonnen Butter und 79 531 Tonnen Magermilchpulver zur Verfügung.

V. Binnenmarkt, Steuern und Wettbewerbsrecht

a) Binnenmarkt

1. Fünf Staaten haben Richtlinie zu Zahlungsdiensten nicht umgesetzt

An Zypern, Griechenland, Spanien, Polen, Rumänien und Schweden werden von der Kommission mit Gründen versehene Stellungnahmen gerichtet, in denen die vollständige Umsetzung der Richtlinie über Zahlungsdienste in nationales Recht angemahnt wird. Die Richtlinie schafft die Rechtsgrundlage für den Einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraum („Single Euro Payments Area“ – SEPA).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/682&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

2. Vier Staaten haben Rechtsmittelrichtlinie nicht umgesetzt

In Bezug auf das öffentliche Auftragswesen erhalten **Österreich**, Griechenland, Luxemburg und Spanien mit Gründen versehene Stellungnahmen, in denen sie zur vollständigen Umsetzung der Rechtsmittelrichtlinie aufgefordert werden. Damit sollen die nationalen Revisionsverfahren verbessert werden, die Unternehmen offenstehen, wenn ein öffentlicher Auftrag nach ihrem Dafürhalten nicht ordnungsgemäß vergeben wurde.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/682&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

b) Steuern

1. Österreich wegen Bestimmungen zu Steuervertretern verklagt

Nach Auffassung der Kommission führen die österreichischen Bestimmungen, wonach ausländische Investmentfonds, Immobilienfonds und Kreditinstitute einen Steuervertreter ernennen müssen, zu diskriminierender Behandlung. Außerdem hält es die Kommission für diskriminierend, dass ausländische Kreditinstitute und Wirtschaftsprüfer nicht als Steuervertreter von Investoren in Investment- oder Immobilienfonds ernannt werden dürfen, und betrachtet dies als unvereinbar mit der Dienstleistungsfreiheit. Nach Auffassung der Kommission hat Österreich in beiden Fällen gegen die Dienstleistungsfreiheit, verstoßen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/662&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/taxation_customs/common/infringements/infringement_cases/bycountry/index_en.htm

c) Wettbewerbsrecht

1. Kommission leitet Kartellverfahren gegen Areva und Siemens ein

Die Kommission hat ein Verfahren eingeleitet, um zu prüfen, ob von Siemens und dem französischen Unternehmen Areva vereinbarte Wettbewerbsverbote im Bereich der zivilen Kernenergienutzung gegen die Kartellvorschriften der EU verstoßen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/655&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=fr>

2. Deutschland wegen Diskriminierung ausländischer Pensionsfonds verklagt

Wegen ungleicher Besteuerung von in- und ausländischen Pensionseinrichtungen hat die EU-Kommission Deutschland beim Europäischen Gerichtshof verklagt. Dividendenzahlungen

deutscher Unternehmen an deutsche Pensionskassen unterliegen in Deutschland einer ermäßigten Quellensteuer, teilweise wird die Quellensteuer den Pensionskassen rückerstattet. Anderen vergleichbaren Einrichtungen mit Sitz in der EU oder im Europäischen Wirtschaftsraum werden jedoch diese ermäßigten Sätze oder Erstattungen nicht gewährt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/662&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/taxation_customs/common/infringements/infringement_cases/bycountry/index_en.htm

3. Deutschland missachtet EuGH-Urteil zu Kölner Messe

Die Kommission hat Deutschland förmlich aufgefordert, dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs aus dem Jahr 2009 (Rechtssache C 536/07) nachzukommen. Darin hat der Gerichtshof für Recht erkannt, dass Deutschland dadurch gegen seine Verpflichtungen aus den Richtlinien für das öffentliche Auftragswesen verstoßen hat, dass die Stadt Köln ohne Durchführung eines wettbewerblichen Vergabeverfahrens einen Vertrag über den Bau und die Vermietung von Messehallen mit einer privaten Investmentgesellschaft geschlossen hat.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/683&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/internal_market/publicprocurement/index_en.htm

4. Deutschland wegen Abwasserauftrag in Hamm verklagt

Die Kommission hat Deutschland vor dem Europäischen Gerichtshof wegen der direkten Vergabe von Abwasserentsorgungsleistungen in Hamm verklagt. Die Stadt hatte 2003 Dienstleistungen der Abwasserentsorgung an den Lippeverband vergeben, einen Wasserwirtschaftsverband mit öffentlichen und privaten Mitgliedern. Nach Auffassung der Kommission hätte die Stadt den Auftrag im Anschluss an eine öffentliche Ausschreibung gemäß den EU-Vorschriften vergeben müssen

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/683&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

VI. Wirtschaft, Energie, Währung und Finanzen

a) Wirtschaft

1. Fast die Hälfte der Europäer wäre gerne selbständig tätig

Nach einer Eurobarometerumfrage wären 45% der Europäer gerne ihr eigener Chef. In den USA sind dies allerdings 55%. Deutschland und Österreich liegen mit jeweils 41% unter dem Durchschnitt. Spitze ist Zypern (66%), vor Griechenland (60%), Rumänien (52%), Frankreich, Portugal und Italien (jeweils 51%). Schlusslicht ist die Slowakei (26%), nach Belgien (30%), Dänemark, Tschechien und Schweden (jeweils 32%). 49% der Europäer sind Unternehmern gegenüber positiv eingestellt (Österreich 48%, Deutschland 43%), in den USA 73%. Spitze ist Dänemark (83%) und Schlusslicht Ungarn (26%). Ein schlechtes Image haben allerdings Bankmanager. In der EU haben 38% eine eher ungünstige Meinung von ihnen (DE 57%, AT 49%). Nur 25% sind eher positiv eingestellt (DE 10%, AT 15%).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/689&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/232&format=HTML&aged=0&language=FR&guiLanguage=en> http://ec.europa.eu/enterprise/policies/sme/facts-figures-analysis/eurobarometer/index_en.htm

2. EU-Unternehmerpreise für Gründung von Kleinunternehmen in Krisenzeiten

Das Projekt „Résidences d'Entrepreneurs“ der zentralfranzösischen Region Auvergne wurde am 31.05. bei der Verleihung der Europäischen Unternehmerpreise 2010 vom Vizepräsidenten der Europäischen Kommission Antonio Tajani mit dem Großen Preis der Jury ausgezeichnet. Im Rahmen der von der Kommission, der spanischen EU-Ratspräsidentschaft und dem Ausschuss der Regionen gemeinsam veranstalteten Zeremonie wurden noch fünf weitere Auszeichnungen an Initiativen aus Österreich (*Selbständigwerden in der Kreativwirtschaft*), Deutschland (*Zeit für Ethik*, Nürnberg, Beratung von Führungskräften in Ethik), Polen, Slowenien und Schweden verliehen. Ausgezeichnet wurde auch ein grenzüberschreitendes Projekt (*EGI Euregional Start-up Initiative*, Rhein-Maas-Nord, Deutschland und Niederlande).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/638&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/enterprise/policies/sme/best-practices/european-enterprise-awards/categories/index_de.htm

3. BIP in Eurozone und in EU27 im 1. Quartal um 0,2% gestiegen

Im Vergleich zum Vorquartal ist das BIP im ersten Quartal 2010 sowohl in der Eurozone (EZ16) als auch in der EU27 um 0,2% gestiegen. Dies geht aus ersten Schätzungen von Eurostat hervor. Im vierten Quartal 2009 waren die entsprechenden Wachstumsraten +0,1% in der Eurozone und +0,2% in der EU27. Im Vergleich zum ersten Quartal 2009 ist das saisonbereinigte BIP in der Eurozone um 0,6% und in der EU27 um 0,5% gewachsen, nach -2,1% bzw. -2,3% im Vorquartal.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/10/81&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

4. Inflationsrate der Eurozone im Mai auf 1,6% geschätzt

Die jährliche Inflationsrate der Eurozone für Mai 2010 wird auf 1,6% vorausgeschätzt. Im April lag die Rate bei 1,5%.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/10/77&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

5. Leichter Rückgang des Wirtschaftsvertrauens-Indikators

Im Mai ging der „Economic Sentiment Indicator, ESI“ in der EU um 1.9 Punkte auf 100 (den Langzeitdurchschnitt) zurück und im Eurogebiet um 2.2 Punkte auf 98.4 Punkte. Wegen der Anpassung an die neue Nomenklatur für Wirtschaftsaktivitäten sind die Zahlen aber interpretationsbedürftig.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/636&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/economy_finance/db_indicators/surveys/index_en.htm

6. Absatzvolumen im Einzelhandel im April um 1,2% gefallen

Im April 2010 fiel das Absatzvolumen des Einzelhandels gegenüber März 2010 sowohl in der Eurozone (EZ16) als auch in der EU27 um 1,2%. Im März stieg der Einzelhandelsindex in beiden Gebieten um 0,5% an. Gegenüber demselben Monat des Vorjahres sank der Einzelhandelsindex im April 2010 in der Eurozone um 1,5% und in der EU27 um 1,6%. Von den Mitgliedstaaten, für die Daten vorliegen, war das gesamte Einzelhandelsvolumen in vierzehn Mitgliedstaaten rückläufig und erhöhte sich in fünf. Die stärksten Rückgänge verzeichneten Polen (-8,7%), Dänemark (-8,6%), die Slowakei (-3,6%) und Spanien (-2,1%) und die höchsten Zuwächse Belgien (+1,8%) und **Deutschland** (+1,0%).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/10/80&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

7. Erzeugerpreise der Industrie in der Eurozone im April um 0,9% gestiegen

Der Erzeugerpreisindex der Industrie stieg im April 2010 im Vergleich zum Vormonat in der Eurozone (EZ16) um 0,9% und in der EU27 um 1,0%. Im März nahmen die Preise um 0,6% bzw. 0,8% zu. Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat erhöhten sich die Erzeugerpreise im April 2010 in der Eurozone um 2,8% und in der EU27 um 3,7%.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/10/79&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=fr>

b) Energie

1. Gewährleistung der sicheren Erdgasversorgung

Der Vorsitz informierte die EU-Energieminister am 31.05. über die Fortschritte bei den Gesprächen mit dem Europäischen Parlament zum Vorschlag für eine Verordnung über Maßnahmen zur Gewährleistung der sicheren Erdgasversorgung. Es besteht weitgehend Einvernehmen darüber, dass marktorientierte Maßnahmen allgemein und auch im Krisenfall Vorrang genießen und der Rückgriff auf nicht marktorientierte Maßnahmen nur zusätzlich erfolgen sollte, insbesondere um in einer Krisensituation die Versorgung geschützter Verbraucher mit Erdgas zu gewährleisten. Es sei möglich, noch vor Ende Juni zu einer Einigung zu gelangen.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st09/st09817.de10.pdf> (Sachstandsbericht)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st11/st11892.de09.pdf> (Arbeitsdokument der Kommission)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st11/st11892-ad04.de09.pdf>

2. Aussprache über Energiestrategie für Europa 2011-2020

Die EU-Energieminister anerkannten am 31.05. die Schlüsselrolle der Energiepolitik im Rahmen der Strategie Europa 2020 und unterstrichen, dass ein Gleichgewicht zwischen nachhaltigen Energiezielen und Wirtschaftswachstum gefunden werden müsse. In seinen Schlussfolgerungen bekräftigt der Rat seine Entschlossenheit, sich umfassend an der Konzipierung dieser Strategie zu beteiligen, und erinnert an den Beitrag der Mitgliedstaaten anlässlich der Orientierungsaussprache auf der Tagung des Rates (Verkehr, Telekommunikation und Energie) vom März 2010 sowie an frühere Beiträge insbesondere bei der Vorbereitung des Aktionsplans 2007-2009. In weiteren Schlussfolgerungen begrüßt der Rat die Mitteilung "Investitionen in die Entwicklung von Technologien mit geringen CO₂-Emissionen (SET-Plan)".

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/trans/114729.pdf (Council Transport)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st07/st07110.de10.pdf> (Mitteilung der Kommission Europa 2020)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st09/st09744.de10.pdf> (Schlussfolgerungen Energiestrategie)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st06/st06688.de10.pdf> (Schlussfolgerungen SET-Plan)

3. Restmittel aus Konjunkturprogramm für Energieprojekte

Die Kommission schlägt vor, 114 Mio. EUR Restmittel aus dem Energieteil des Europäischen Konjunkturprogramms vom November 2008 (3.98 Mrd. EUR) zur Finanzierung von Initiativen für Energieeffizienz und erneuerbare Energien zu verwenden.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/trans/114729.pdf (Council Transport)

4. Oettinger präsentiert Biokraftstoff-Paket am 10. Juni

Eine EU-Richtlinie fordert, dass im Jahr 2020 10 Prozent der für den Verkehr eingesetzten Energie aus erneuerbaren Quellen stammen. Biokraftstoffe sollen den größten Teil davon stellen. EU-Energiekommissar Günther Oettinger präsentiert am 10.06. Uhr Vorschläge zur nachhaltigen Produktion von Biokraftstoffen.

http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/oettinger/index_de.htm

c) Justiz

1. Verhandlungsmandat für Beitritt der EU zur MRK beschlossen

Der Rat beschloss am 04.06. ein Mandat zur Aufnahme von Verhandlungen mit dem Europarat über den Beitritt der EU zur Menschenrechtskonvention.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/jha/114900.pdf (Council JHA)

2. Erleichterungen im Scheidungsrecht für national gemischte Ehen

Deutschland und dreizehn andere Mitgliedstaaten (Bulgarien, Frankreich, Luxemburg, Italien, Österreich, Rumänien, Slowenien, Spanien, Ungarn, Belgien, Lettland, Portugal und Malta) erhielten vom Rat Justiz am 04.06. das Plazet für eine verstärkte Kooperation zur Regelung der Scheidung oder des Getrenntlebens von gemischtnationalen Ehepaaren. Scheidungswillige können in Zukunft selbst festlegen welches Recht Anwendung finden soll. Bei fehlender Einigung wird das anwendbare Recht nach eindeutigen Kriterien bestimmt. Zu diesem ersten Fall einer verstärkten Zusammenarbeit eines Teils der Mitgliedstaaten kam es, weil Schweden eine gesamteuropäische Lösung blockiert.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/jha/114900.pdf (Council JHA)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st08/st08176.de10.pdf>

3. Aussprache über grenzüberschreitendes Erbrecht

Die EU-Justizminister unterstrichen am 04.06. die Bedeutung des Vorschlags für eine Verordnung über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung und die Vollstreckung von Entscheidungen und öffentlichen Urkunden in Erbsachen sowie zur Einführung eines Europäischen Nachlasszeugnisses. Die Arbeiten sollen fortgeführt werden.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/jha/114900.pdf (Council JHA)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st14/st14722.de09.pdf> (Verordnung)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st14/st14722-ad02.de09.pdf> (Folgenabschätzung)

d) Finanzen

1. Kommission macht Druck bei Finanzregulierung

Nach dem Verordnungsvorschlag der Kommission soll die Aufsicht über die in der EU tätigen **Ratingagenturen** einer neuen Europäischen Wertpapieraufsichtsbehörde übertragen werden. Außerdem müssen die Auftraggeber von Ratings allen Agenturen Zugang zu den gleichen Informationen einräumen. Bis 01.09. bittet die Kommission um Reaktionen auf ein Grünbuch zur Reform der **Corporate Governance** in Finanzinstituten. Ziel ist eine verbindliche Regelung für eine bessere Risikokultur, etwa durch Einschränkung von Bonuszahlungen für kurzfristige Erfolge. Bisherige Empfehlungen seien in zahlreichen Mitgliedstaaten noch nicht umgesetzt. In den nächsten 6 bis 9 Monaten sollen alle noch ausstehenden **Reformvorschläge** vorgelegt werden. Diese betreffen Derivatehandel, Leerverkäufe, Einlagensicherung,

Anlegerentschädigung, Anlageprodukte für Kleinanleger, Sanktionen im Finanzdienstleistungssektor, Krisenprävention und Krisenmanagement.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/656&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/internal_market/securities/agencies/index_en.htm

2. EZB berichtet über weitere Belastungen für Banken

In ihrem Bericht zur Lage der Banken im Eurogebiet weist die Europäische Zentralbank darauf hin, dass die Banken von 2007 bis 2009 faule Kredite in Höhe von 238 Mrd. EUR abschreiben mussten. In diesem Jahr kämen weitere 123 Mrd. EUR und 2011 nochmals 105 Mrd. EUR hinzu. Problematisch sei auch das Erfordernis für die Banken, bis Ende 2012 etwa 800 Mrd. EUR langfristige Schulden zu refinanzieren. Wegen der Konkurrenz mit staatlichen Anleihen könnten die Kosten für die Finanzierung des privaten Sektors steigen, so dass die Verlängerung über 2012 hinaus schwierig sein könnte. Viele europäische Unternehmen litten unter Ertragsschwäche und hoher Verschuldung. Zahlreiche kleinere und mittlere Banken seien noch von billiger Zentralbank-Liquidität abhängig.

<http://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2010/html/pr100531.en.html> (PM EZB)

http://www.ecb.europa.eu/press/key/date/2010/html/sp100531_3.en.html (Rede Papademos)

<http://www.ecb.europa.eu/pub/fsr/html/index.en.html> (Financial Stability Review)

3. Rekordzuspruch für Einlagefazilität der Europäischen Zentralbank

Am 01.06. parkten die Banken die Rekordsumme von 316.4 Mrd. EUR zum Zinssatz von 0.25% „über Nacht“ bei der EZB. Dieses Niveau sei seit dem Zusammenbruch von Lehman Brothers im September 2008 unerreicht. Als Grund gilt Misstrauen der Banken untereinander, wegen unklarer Belastungen durch staatliche Anleihen.

<http://blogs.ft.com/money-supply/2010/06/03/sharp-rise-in-use-of-ecb-deposit-facility/>

4. Kritik aus EZB an Bundesregierung wegen Äußerungen zur Finanzkrise

In einer Rede am 28.05. beklagte EZB-Direktionsmitglied Lorenzo Bini Smaghi die langsame Reaktion auf die Staatsschuldenkrise und die fehlende Sensibilität von Politikern für die Reaktionen der Finanzmärkte. So sei es wenig hilfreich gewesen, um politische Unterstützung mit dem Hinweis zu werben, der Euro sei in Gefahr, oder über den Ausschluss eines Landes aus dem Eurogebiet nachzudenken. Dies habe die Märkte verwirrt und die Kosten für das Rettungspaket in die Höhe getrieben. Bini Smaghi wies im Übrigen Kritik an den Griechenland-Hilfen zurück. Der Internationale Währungsfonds und die EU-Kommission hätten realistische Analysen vorgelegt und dem Land werde nicht mehr zugemutet als anderen Ländern, mit dem Ziel eines primären Überschusses von 6%/BIP in 2015. Das Land habe alle Auflagen zügig erfüllt.

<http://www.ecb.europa.eu/press/key/date/2010/html/sp100528.en.html>

<http://www.imf.org/external/country/GRC/index.htm>

5. EZB-Präsident Trichet verteidigt Ankauf von Staatsanleihen

Auf der Wirtschaftskonferenz der Österreichischen Nationalbank am 21.05. begründete Trichet die Entscheidung des EZB-Rates vom 09.05. damit, dass die Zinsaufschläge für mehrere Euroländer ein irreales Maß angenommen hätten und dass in einigen Euroländern der Handel mit Staatsanleihen praktisch zum Erliegen kam. Der Handel mit Staatsanleihen sei aber für das Funktionieren der Finanzmärkte unerlässlich. Die Zinsen der Staatsanleihen bildeten den Ausgangspreis für private Anleihen. Staatspapiere seien auch das wichtigste Sicherungsmittel im Interbankenhandel. Schließlich belaste eine Entwertung von Staatstiteln die Bilanzen, was

Banken zu einer größeren Risikovorsorge und damit zu geringeren Ausleihungen zwingen. Die EZB erwarte aber, dass die Regierungen die Haushaltskonsolidierung fortsetzten.

http://www.ecb.europa.eu/press/key/date/2010/html/sp100531_2.en.html

6. Eurogebiet braucht eine Budget-Föderation

In einem Interview mit „Le Monde“ am 01.06. erklärte EZB-Präsident Trichet, dass das Eurogebiet eine monetäre Föderation sei. Diese benötige aber eine budgetäre Föderation zur Kontrolle der Stabilitätspolitik. Schon auf Grundlage der bestehenden Verträge ließen sich entscheidende Fortschritte erzielen. Positiv zu bewerten sei der Vorschlag der Kommission für eine vorbeugende Haushaltskontrolle. Unverständlich sei, dass ein Land wie Frankreich; das traditionell für eine „Wirtschaftsregierung“ eintrete, negative Reaktionen zeige. Der Eurogruppe könne nicht mangelnde Legitimität vorgehalten werden, denn alle Regierungen seien aus einem demokratischen Prozess hervorgegangen. Diese Regierungen sollten, beraten durch die Kommission und gegebenenfalls durch die EZB, die Entscheidungen treffen.

http://www.ecb.europa.eu/press/key/date/2010/html/sp100531_1.en.html

7. EU-Kommission prüft Lösungen für Europäische Ratingagentur

Bei der Vorstellung des Pakets zur Vervollständigung der Reformen auf dem Gebiet der Finanzdienstleistungen, äußerte die Kommission ihre Besorgnis wegen der hochgradigen Konzentration auf im Wesentlichen Fitch, Moody's und Standard & Poor's. Die Kommission prüfe, ob eine Europäische Kreditratingagentur sinnvoll sei und ob öffentliche Stellen mehr Einfluss bei Bonitätsprüfungen haben sollten. Vorentscheidungen seien noch nicht getroffen. Ziel sei ein Rahmen für verstärkten Wettbewerb im Ratinggeschäft.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/230&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/10/287&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

8. Eurostat soll Recht zu Inspektionen erhalten

Die Mitglieder des EP-Wirtschaftsausschuss sprachen sich am 02.06. bei der Aussprache über den Bericht von Othmar Karras (EVP/AT, ÖVP) für eine Prüfbefugnis von Eurostat vor Ort und für Mindeststandards für statistische Daten aus. Die Mitgliedstaaten sollten verpflichtet werden, mehr Informationen zu liefern. Bei Inspektionen von Eurostat in den Mitgliedstaaten sollten auch Vertreter der Europäischen Zentralbank beteiligt werden. Die Abgeordneten appellierten an den Rat, nicht mehr den Fehler von 2005 zu wiederholen und Eurostat diese zusätzlichen Befugnisse zu verweigern. Dies sei die erste legislative Reaktion auf die Griechenland-Krise. Die Abstimmung über den Bericht ist für den 28.06. vorgesehen. Das Plenum wird sich im Juli äußern.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/042-75325-151-05-23-907-20100531IPR75303-31-05-2010-2010-false/default_de.htm

VII. Justiz und Inneres

a) Justiz

1. Verhandlungsmandat für Beitritt der EU zur MRK beschlossen

Der Rat beschloss am 04.06. ein Mandat zur Aufnahme von Verhandlungen mit dem Europarat über den Beitritt der EU zur Menschenrechtskonvention.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/jha/114900.pdf (Council JHA)

2. Erleichterungen im Scheidungsrecht für national gemischte Ehen

Deutschland und dreizehn andere Mitgliedstaaten (Bulgarien, Frankreich, Luxemburg, Italien, Österreich, Rumänien, Slowenien, Spanien, Ungarn, Belgien, Lettland, Portugal und Malta) erhielten vom Rat Justiz am 04.06. das Placet für eine verstärkte Kooperation zur Regelung der Scheidung oder des Getrenntlebens von gemischtnationalen Ehepaaren. Scheidungswillige können in Zukunft selbst festlegen welches Recht Anwendung finden soll. Bei fehlender Einigung wird das anwendbare Recht nach eindeutigen Kriterien bestimmt. Zu diesem ersten Fall einer verstärkten Zusammenarbeit eines Teils der Mitgliedstaaten kam es, weil Schweden eine gesamteuropäische Lösung blockiert.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/jha/114900.pdf (Council JHA)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st08/st08176.de10.pdf>

3. Aussprache über grenzüberschreitendes Erbrecht

Die EU-Justizminister unterstrichen am 04.06. die Bedeutung des Vorschlags für eine Verordnung über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung und die Vollstreckung von Entscheidungen und öffentlichen Urkunden in Erbsachen sowie zur Einführung eines Europäischen Nachlasszeugnisses. Die Arbeiten sollen fortgeführt werden.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/jha/114900.pdf (Council JHA)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st14/st14722.de09.pdf> (Verordnung)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st14/st14722-ad02.de09.pdf> (Folgenabschätzung)

4. Europäische Schutzanordnung blockiert

Der Rat Justiz vertagte die weitere Beratung auf die nächste Ratstagung im Oktober 2010, um Großbritannien und Irland entsprechend dem Lissabon-Vertrag (Protokoll 21) eine angemessene Zeit zur Überprüfung ihres Standpunktes einzuräumen und um gegebenenfalls ohne diese beiden Staaten die Vorlage verabschieden zu können. Der Rat sah aber die Möglichkeit, mit dem Europäischen Parlament zu einer Einigung zu gelangen. Nach dem Richtlinienvorschlag soll vermieden, dass das Opfer im Vollstreckungsstaat ein neues Verfahren anstrengen oder erneut Beweise erbringen muss, als ob der Anordnungsstaat die Entscheidung (etwa das Verbot, sich dem Opfer zu nähern) nicht erlassen hätte.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/jha/114900.pdf (Council JHA)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/pe00/pe00002.de10.pdf>

b) Inneres

1. Europäischer Pakt zur Bekämpfung des internationalen Drogenhandels

Die Justiz- und Innenminister der EU nahmen am 03./04.06. den „Europäischen Pakt zur Bekämpfung des internationalen Drogenhandels – Unterbrechung der Kokain- und Heroinrouten“ an. Darin verpflichten sie, die politische Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten, den Organen der Europäischen Union und den einschlägigen europäischen Agenturen, insbesondere Europol und Eurojust, zu verstärken. Ihr Ziel sei es, die Kohärenz des inneren und auswärtigen Handelns der Europäischen Union bei der Bekämpfung des Drogenhandels zu gewährleisten.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/jha/114900.pdf (Council JHA)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st08/st08821.de10.pdf>

2. Strengere Regeln zur Bekämpfung des illegalen Handels mit Feuerwaffen

Die Kommission hat am 31.05. einen Vorschlag unterbreitet, der die Nachverfolgung und Kontrolle von zivilen Feuerwaffen erleichtern soll, die aus dem und in das EU-Gebiet exportiert

werden. Auf diese Weise soll dem illegalen Handel mit Feuerwaffen entgegengewirkt werden. Mit der Annahme des Vorschlags durch das Europäische Parlament und den Rat der EU würde das EU-Recht mit Artikel 10 des UN-Feuerwaffen-Protokolls in Einklang gebracht.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/635&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/justice_home/news/intro/news_intro_en.htm

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/225&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=fr>

3. Erklärung EU-USA zu Terrorismus und zu Häftlingen aus Guantánamo Bay

In der Gemeinsamen Erklärung der EU und ihrer Mitgliedstaaten und der Vereinigten Staaten von Amerika zur Schließung des Gefangenenlagers Guantánamo Bay und zur künftigen Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung bekannten sich beide Seiten zu gemeinsamen Werten, zum Völkerrecht und zur Achtung der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte. Entscheidungen über die Aufnahme ehemaliger Häftlinge und die Bestimmung ihrer Rechtsstellung fallen in die alleinige Verantwortung und Zuständigkeit des aufnehmenden EU-Mitgliedstaats oder des aufnehmenden assoziierten Schengen-Landes. Die USA werden den aufnehmenden Staaten alle verfügbaren (vertraulichen und anderen) sachdienlichen Erkenntnisse und Informationen über diese Person mitteilen.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st10/st10967.de09.pdf> (Gemeinsame Erklärung)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st10/st10523-re02.de09.pdf> (Schlussfolgerungen)

4. Keine Anerkennung von Terroristen als Flüchtlinge

Nach Auffassung von Generalanwalt Paolo Mengozzi setzt der Ausschluss von der Anerkennung als Flüchtling nach Art. 12 Abs. 2 Buchst. b und c der Richtlinie 2004/83 nicht voraus, dass vom Antragsteller weiterhin eine Gefahr ausgeht. Bei Möglichkeit von anderem Schutz ist die Anerkennung auszuschließen. Sofern nur die Anerkennung als Flüchtling Schutz biete sei zwischen der Schwere des Verhaltens, das den Ausschluss der Anerkennung rechtfertigt, und den Folgen eines solchen Ausschlusses abzuwägen. Bei außergewöhnlich schweren Straftaten sei eine solche Abwägung nicht zulässig. Im vorliegenden Fall geht es um eine Vorabentscheidungsersuchen des Bundesverwaltungsgerichts bezüglich des Mitglieds einer terroristischen Vereinigung, dem im Herkunftsland erneut Folter droht.

[http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher\\$docrequire=alldocs&numaff=C-57/09](http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher$docrequire=alldocs&numaff=C-57/09)

VIII. Umwelt und Verkehr

a) Umwelt

1. UN-Bericht für Maßnahmen gegen nicht nachhaltigen Konsum

Der am 02.06. von der Kommission gemeinsam mit dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) präsentierte Bericht kommt zu dem Ergebnis, dass mittlerweile mehr als die Hälfte der Nahrungspflanzen als Tierfutter dienen und eine Verdoppelung des Wohlstands zu einem Anstieg der Umweltbelastung um 60 bis 80 % führt. Dem vom Internationalen Ausschuss für nachhaltige Ressourcenbewirtschaftung des UNEP erstellten 149seitigen Bericht zufolge sollten Gesetzgeber und politische Entscheidungsträger auf Steuern und sonstige Anreize zurückgreifen, um umweltfreundlichere Verfahren in der Landwirtschaft anzuregen und die Verwendung fossiler Brennstoffe zu reduzieren.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/657&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=fr>

<http://www.unep.org/resourcepanel/>

2. Rückgang der EU-Treibhausgasemissionen im fünften Jahr in Folge

Die Europäische Umweltagentur veröffentlichte am 02.06. das neueste EU-Inventar von Treibhausgasemissionen, dem zufolge die Emissionen im Jahr 2008 in der EU-15 gegenüber 2007 um 1,9 % gesunken sind, während die Wirtschaft um 0,6 % gewachsen ist. Damit lägen die Emissionen der EU-15 um 6,9 % unter dem Niveau des Basisjahres (in den meisten Fällen 1990). Die EU-15 sei also auf dem besten Weg, um ihr Kyoto-Ziel zu erreichen, d. h. die Gesamtemissionen im Zeitraum 2008-2012 gegenüber dem Basisjahr um durchschnittlich 8 % zu senken. Die Emissionen in den 27 EU-Mitgliedstaaten fielen um 2 % und lägen nun 11,3 % unter dem Niveau des Basisjahres.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/659&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=fr>
www.eea.europa.eu

3. Europäischer Umweltpreis für zwei Unternehmen aus Deutschland

Die deutschen Firmen Zenergy Power und Bültmann erhielten von EU-Umweltkommissar Janez Potočnik am 01.06. in Brüssel den europäischen Umweltpreis für Unternehmen 2010. Die beiden deutschen Firmen waren Sieger in der Kategorie Verfahren und nachhaltige Entwicklung und wurden für ihr energiesparendes Magnetheizverfahren bei der Supraleitertechnik ausgezeichnet. Es ist der erste Einsatz von Supraleiter-Technologie in einem industriellen Produktionsverfahren, das den für die Erwärmung von Kupfer und Aluminium benötigten Energiebedarf um 50 Prozent reduziert. Weitere Preise gingen an Unternehmen aus dem Vereinigten Königreich, Belgien, und Spanien.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/664&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>
http://ec.europa.eu/environment/awards/index_en.htm

b) Verkehr

1. Deutschland muss Sicherheit auf Binnenwasserstraßen gewährleisten

Die Kommission hat mit Gründen versehene Stellungnahmen an Italien, Polen und Deutschland übermittelt, da diese Länder es versäumt haben, Maßnahmen zur Durchführung von EU-Rechtsvorschriften mitzuteilen, durch die die technische Harmonisierung und die Sicherheit auf den Binnenwasserstraßen der EU gewährleistet werden soll. In den Richtlinien 2008/126/EG und 2009/46/EG werden technische Vorschriften für Binnenschiffe festgelegt, deren Einhaltung Voraussetzung für die Erteilung eines Gemeinschaftszeugnisses ist, das auf allen Binnenwasserstraßen der Europäischen Union gilt, auch auf dem Rhein. Italien, Polen und Deutschland haben zwei Monate Zeit, auf diese Stellungnahme zu reagieren.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/668&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

2. EP-Verkehrsausschuss stärkt Rechte von Bus- und Schiffsreisenden

Die Abgeordneten sprachen sich am 01.06. in zweiter Lesung für wesentlich weiterreichende Vorschläge als der Rat aus. Bis zur Plenarabstimmung im Juli soll aber mit dem Rat eine Einigung erzielt werden. Wesentliche Punkte sind die Einbeziehung kleiner Schiffe (ab 13 Passagieren) und von regionalen Busdiensten. Für Personenschäden soll es keine Haftungsbegrenzung geben. Verlust von Gepäck soll mit bis zu 1.800 EUR entschädigt werden. Bei zwei Stunden Verspätung von Bussen und 90 Minuten Verspätung von Schiffen fallen Entschädigungsansprüche an.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/062-75312-151-05-23-910-20100531IPR75274-31-05-2010-2010-false/default_de.htm

3. Kommission betreibt Öffnung des Schienenpersonen-Verkehrs

Die Kommission hat Dänemark, Litauen, Luxemburg und den Niederlanden mit Gründen versehene Stellungnahmen übermittelt, weil sie die Richtlinie 2007/58/EG nicht umgesetzt haben, die auf die Öffnung des Marktes für grenzüberschreitende Personenverkehrsdienste auf der Schiene abzielt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/666&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

IX. Medien und Informationsgesellschaft

1. Mehr Wettbewerb, aber kein Binnenmarkt bei Telekommunikation

Ein am 01.06. herausgegebener Bericht der Kommission zeigt, dass auf den EU-Telekommunikationsmärkten mehr Wettbewerb herrscht. Aus dem Bericht geht aber auch hervor, dass ein Binnenmarkt für die Telekommunikation in der EU noch lange nicht verwirklicht ist. Problematisch seien unter anderem unterschiedliche nationale Regulierungskonzepte in Wettbewerbsfragen, zum Beispiel bei der Regulierung des Zugangs zu Glasfasernetzen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/644&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/information_society/policy/ecomm/implementation_enforcement/eu_consultation_procedures/index_en.htm

2. Gremium europäischer Regulierungsstellen (GEREK) nach Riga

Die für die Digitale Agenda zuständige Vizepräsidentin der Europäischen Kommission Neelie Kroes begrüßt die Entscheidung der EU-Telekom-Minister, das Büro des Gremiums europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation (Büro des GEREK) in Riga, Lettland einzurichten.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/641&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://berec.europa.eu/>

http://ec.europa.eu/information_society/policy/ecomm/implementation_enforcement/index_en.htm

X. Bildung, Forschung, Kultur

1. Verleihung der Europäischen Preise für Erhaltung des kulturellen Erbes

EU-Kulturkommissarin Androulla Vassiliou wird am 10.06. in Istanbul 29 Projekte aus 15 Mitgliedstaaten mit dem Europa Nostra Preis für die Bewahrung des kulturellen Erbes auszeichnen, sechs davon werden den „Grand Prix“ erhalten. Eine Liste der ausgezeichneten Projekte – darunter auch solche aus Berlin, München, Plaidt und Wolgast – finden Sie auf der Webseite von Europa Nostra:

<http://www.europanostra.org/laureates-2010/>

XI. Sonstiges

1. Kommission und deutsche Länder erstellen Video „Europa ist hier“

Die Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland hat gemeinsam mit den Bundesländern einen Film über die Leistungen der EU in Deutschland produziert. Alissa, eine junge Frau, radelt durch Deutschland und entdeckt Europa vor Ort. Sie besucht EU geförderte Projekte zu den Themen: Umwelt- und Klimaschutz, Arbeitsmarkt, Verkehr, Verbraucherschutz, Jugend, Bildung und Ausbildung, Regionalentwicklung und Wirtschaft. Zu jedem Bereich werden beispielhaft Projekte aus zwei Bundesländern vorgestellt.

http://ec.europa.eu/deutschland/service/videos/europa_ist_hier_de.htm